



I. Allgemeine Informationen: Rede von Präsident Hollande vor dem Europäischen Parlament (EP)

Am Dienstag war der französische Präsident François Hollande in Strassburg, um sich einer 90-minütigen Debatte mit den Abgeordneten des EPs zu stellen. Hollande bekräftigte in Hinblick auf den am Donnerstag gestarteten Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Brüssel, dass ausreichend Mittel für die Kohäsionspolitik zur Förderung schwächerer Regionen zur Verfügung stehen müssten, da dies ganz Europa zugute käme. Er verteidigte auch die Mittel für die Agrarpolitik, für die sich Frankreich traditionell besonders stark macht. Zugleich mussten in dem Haushaltsrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 die Mittel für den beschlossenen Wachstumspakt verankert sein, damit Gelder für Innovationen, Infrastruktur und die Förderung neuer Energien zur Verfügung stünden. Die EU-Staats- und Regierungschefs wollen bei ihrem Sondertreffen über den nächsten siebenjährigen Finanzrahmen entscheiden, in dem die jährlichen Ausgabenobergrenzen vorgegeben werden. Mehrere "Nettozahler", darunter Großbritannien, Deutschland und die Niederlande, fordern erhebliche Kürzungen an dem Budgetvorschlag der EU-Kommission. Staaten, die besonders von Zahlungen aus dem EU-Haushalt profitieren, und auch das

EU-Parlament, lehnen die derzeitigen Sparpläne ab. Daher nutzten Abgeordnete die Debatte mit dem französischen Präsidenten, um erneut mit einer Ablehnung des Finanzrahmens zu drohen, sollten die EU-Chefs zu starke Kürzungen vornehmen. Lehnt das EP einen von den EU-Chefs gefundenen Kompromiss für den Finanzrahmen ab, wird dann auf der Grundlage des letzten Jahreshaushalts (2013) mit einem jährlichen Haushalt weitergearbeitet. Das bedeutet allerdings auch, dass dann keine mehrjährigen Zahlungsverpflichtungen, wie sie bei vielen Förderprogrammen notwendig sind, eingegangen werden können.

Hollande forderte darüber hinaus eine aktive und gemeinsame Euro-Wechselkurspolitik, um den Export Europas nicht negativ zu beeinflussen.

Der französische Staatspräsident betonte in der Debatte mehrfach die Bedeutung der Europäischen Union und der Eurozone sowie die dringende Notwendigkeit des Zusammenhalts der Mitgliedstaaten. Er machte verstärkt deutlich, dass sich Frankreich weiterhin für ein gemeinsames Europa stark machen will und mit Deutschland an einem Weg aus dem wirtschaftlichen Tief arbeiten wird.

II. Das EP hat u.a. folgendes beschlossen:

1. Preispolitik bei Arzneimitteln

Bei der Überarbeitung der über 20 Jahre alten Arzneimittel-Transparenz-Richtlinie hat das EP beschlossen, dass die Verfahren zur Preisfestsetzung und zur Kostenerstattung von Generika wesentlich verkürzt werden. Künftig sollen die Behörden Preise für

Generika innerhalb von 60 Tagen festsetzen. Die Kommission hatte 30 Tage gefordert, wahren derzeit 180 Tage möglich sind. Binnen der jetzt geforderten Frist soll auch entschieden werden, ob die Kassen die Kosten übernehmen. Bei Nichteinhaltung der Fristen sollen Strafen möglich sein. Dadurch sollen Generika schneller verfügbar werden, um den Patienten und Gesundheitssystemen Geld zu

sparen. Nach Angaben der Kommission sind Generika 2 Jahre nach ihrer Markteinführung im Schnitt um 40 Prozent billiger als Markenarzneimittel. Die Abgeordneten wollen aber entgegen des Kommissionsvorschlags an den Fristen für Preisfestsetzung und Kostenerstattung von neuen Präparaten nichts ändern. Auch hier wollte die Kommission die Frist verkürzen - von 180 auf 120 Tage.

Die Mitgliedstaaten können, nachdem ein Medikament zugelassen ist, selbst entscheiden, zu welchem Preis es in ihrem Land verkauft wird und ob die Krankenkassen es erstatten müssen. Doch dabei müssen sie einige Regeln wie etwa bestimmte Fristen beachten, in der die Entscheidung getroffen werden muss. In der Praxis werden allerdings bereits die derzeit gültigen Fristen nicht eingehalten, wodurch Patienten innovative Arzneimittel vorenthalten werden, weil die Zulassung noch aussteht. Dies ist auch für die innovative mittelständische Industrie ein bedeutendes Markthindernis. Mit der strengerer Neuregelung soll hier für Unternehmen und Verbraucher eine bedeutende Verbesserung eintreten.

2. Reform der Fischereipolitik

Das EP stimmte für eine grundlegende Reform der Fischereipolitik. 502 Abgeordnete, darunter die Mehrheit der CDU/CSU-Gruppe im EP, stimmte für ein umfassendes

Maßnahmenpaket gegen Überfischung. 137, vornehmlich aus Südeuropa, stimmten dagegen, bei 27 Enthaltungen. Ab 2015 sollen Fangquoten sich an dem Ziel orientieren, dass sich bedrohte Fischbestände bis zum Jahr 2020 erholen können und ab 2014 soll schrittweise ein "Rückwurfverbot" für ungewollt gefischte Fische, z.B. mangels Zulassung oder vorhandener Quote, eingeführt werden. Derzeit werden von den zurückgeworfenen Fischen in der Regel 50%.

3. Geräuschpegel von Kraftfahrzeugen

Fahrzeugmotoren sollen zukünftig leiser werden. Das EP stimmte schärferen Obergrenzen für die Lärmbelastung durch Kraftwagen und LKW zu, schwächte den ursprünglichen Verordnungsvorschlag der EU-Kommission aber ab. Nach dem Willen des EP sollen neue Modelle diese niedrigeren Grenzwerte sechs Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung einhalten, alle anderen Neuwagen nach acht Jahren. Für Sportwagen soll es eine zusätzliche Kategorie geben. Zudem sollen Verbraucher detailliertere Informationen zum Lärmpegel von Neuwagen erhalten. Hybrid- und Elektrofahrzeuge sollen hingegen mit zusätzlichen Geräuschen ausgerüstet werden, um Fußgänger zu warnen. Das EP will dies verpflichtend durchsetzen im Gegensatz zur EU-Kommission, die auf Freiwilligkeit gesetzt hatte.

III. Weitere Themen waren u.a.:

- Strategie zum sozialen Unternehmertum
- Debatte über Rechtsstaatlichkeit
- Debatte über den Haushalt
- Entschließung zum Jahreswachstumsbericht der Kommission 2013
- Debatte zur Vorbereitung auf die internationale Klimakonferenz 2013

Herzlichst Ihr

Prof. Dr. Hans-Peter Mayer, MdEP

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/introduction/home.do?language=DE>.

Europäisches Parlament:

Büro ASP 15 E 154
Rue Wiertz, B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284-7994
Fax: 0032-2-284-99 94

E-Mail: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu

Internet: <http://www.europa-mayer.de>

Europabüro:

Große Strasse 90
49377 Vechta
Tel.: 044 41/90 99 09
Fax: 044 41/90 99 10

E-Mail: info@europa-mayer.de



EVP-Fraktion